

BVVP • WÜRTTEMBERGISCHE STRASSE 31 • 10707 BERLIN

Bundesminister für Gesundheit,
Herrn Prof. Dr. Karl Lauterbach, MdB

16.09.2023

Offener Brief der bvvp-Delegierten zu den Protesten der KBV und der KVen

Sehr geehrter Herr Professor Lauterbach,

wir, die Bundesdelegierten des Bundesverbands der Vertragspsychotherapeuten, bvvp, wenden uns heute von unserer Delegiertenversammlung mit einem offenen Brief an Sie. Wir sind in großer Sorge um die Zukunft der ambulanten Versorgung der Bürgerinnen und Bürger. Diese Sorge formulieren wir sowohl als Behandelnde wie auch als potentiell von somatischen oder psychischen Erkrankungen betroffene Patient*innen.

Kooperation und Vernetzung mit den Behandelnden anderer Fachgruppen sind zentral, um eine gute ambulante Versorgung von Patient*innen mit psychischen Erkrankungen gestalten zu können. Sie sind erforderlich, um die häufig notwendige begleitende Medikation zu gewährleisten oder auch somatische Komorbiditäten zu behandeln. Wir erleben es aber zunehmend, dass es an Haus- und Fachärzt*innen mangelt. Eine wohnortnahe Verfügbarkeit von P-Fachärzt*innen ist bereits jetzt an vielen Stellen nicht mehr gegeben. Besonders alarmierend ist die Situation bei den Kinder- und Jugendpsychiater*innen. Dies erschwert die ambulante Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit schwereren psychischen Erkrankungen oder macht deren leitliniengerechte Versorgung sogar unmöglich.

Diesen Mangel an Ärzt*innen aller Fachgruppen und die zunehmend schwierigen Rahmenbedingungen haben Politik und Gesetzgebung mit zu verantworten. Unserer Wahrnehmung nach wird der ärztliche und psychotherapeutische Sachverstand immer weniger in die verschiedenen Gesetzesinitiativen einbezogen.

VORSTAND

VORSITZENDER

Dipl.-Psych. Benedikt Waldherr,
Psychologischer Psychotherapeut

STELLV. VORSITZENDER

Dr. med. Reinhard Martens,
Facharzt für Psychiatrie und
Psychotherapie und Facharzt für
Kinder- und Jugendpsychiatrie und
-psychotherapie

STELLV. VORSITZENDER

Dipl.-Psych. Mag. rer. nat.
Mathias Heinicke,
Psychologischer Psychotherapeut

Dipl.-Psych. Ulrike Böker
Dr. med. Gerhild Rausch-Riedel
Ariadne Sartorius
Dr. med. Bettina van Ackern

Dr. med. Michael Brandt
Dipl.-Psych. Rainer Cebulla

Dipl.-Psych. Eva-Maria Schweitzer-
Köhn

KONTAKT

bvvp Bundesgeschäftsstelle
Württembergische Straße 31
10707 Berlin

Telefon 030 88725954
Telefax 030 88725953
bvvp@bvvp.de
www.bvvp.de

BANKVERBINDUNG

Berliner Volksbank eG
IBAN:
DE69100900002525400002
BIC: BEVODEBB

Gläubiger-ID
DE77ZZZ00000671763

Das beim Protesttag der KBV am 18. August verabschiedete Forderungspapier wird von uns als Delegierte und in der ambulanten Versorgung Tätige vollumfänglich unterstützt. Besonders anmahnen möchten wir die Finanzierung einer ausreichenden Zahl von ambulanten Weiterbildungsplätzen für alle Fachgruppen. Dies gilt insbesondere für die neue ambulante Weiterbildung zu zukünftigen Fachpsychotherapeut*innen, für die es noch keinerlei Finanzierungsgrundlage gibt. Derzeit steht noch eine ausreichende Zahl an Psychotherapeut*innen für die Versorgung zur Verfügung, aber ohne Finanzierung des Nachwuchses kann sich die Situation in kurzer Zeit ändern. Wegen des sehr hohen Altersdurchschnitts der Fachgruppe kann sich auch bei der Zahl der Versorgenden in der ambulanten Psychotherapie ein Defizit entwickeln bzw. verstärken.

Auch in dieser Legislatur wurde eine spürbare Reduzierung des bürokratischen Aufwands in den Praxen in Aussicht gestellt, dies wurde sogar im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Allein, wir erleben im Alltag das Gegenteil. Es werden neue und immer detailliertere Verwaltungsanforderungen für Praxisinhaber*innen installiert.

Das Gleiche gilt für die Digitalisierung im Gesundheitswesen. Nach wie vor müssen wir erleben, wie auf unsere Berufsgruppen mit dem Finger gezeigt wird und wir als Verhindernde und Bremsende diffamiert werden. Letztlich setzt aber der Gesetzgeber – damit letztlich Ihr Haus – immer wiederkehrend enge Fristen für die Installation oder Nutzung dysfunktionaler Produkte. Die Rechtsverordnung zur Refinanzierung sei hier exemplarisch benannt.

Wir benötigen dringend funktionierende und einfach in den Praxisalltag zu integrierende Prozesse und Module der Telematik Infrastruktur. Nicht die Praxis muss sich an die Technik anpassen, die Technik muss der Praxis Mehrwert– und damit letztlich mehr Zeit für die Behandlung der Patient*innen verschaffen.

Auch psychotherapeutische Praxen spüren die Inflation, und die Honorierung der Leistungen muss den Verlust der Kaufkraft ausgleichen sowie die Steigerungen bei den Praxiskosten vollumfänglich abdecken. Überdies richtet sich die Höhe der Vergütung nach den Erträgen der grundversorgenden somatischen Fachärzt*innen. Das bedeutet, dass deren wirtschaftliche Not einen direkten Einfluss auf die Psychotherapeut*innen und deren wirtschaftliche Situation hat.

Was wir als Psychotherapeut*innen aber auch wissen: Wenn die Wertschätzung fehlt, dann kann kein noch so hoher Geldbetrag diesen Mangel kompensieren, denn Anerkennung und Wertschätzung sind menschliche Grundbedürfnisse. Lassen Sie dem ambulanten System die ihm zustehende Wertschätzung zukommen, indem Sie es in Ihren Gesetzesvorhaben berücksichtigen und ganz oben auf Ihre Agenda die Wichtigkeit der Sicherung der wohnortnahen ambulanten Versorgung in den Praxen schreiben!

Auch wir selbst benötigen als Bürger*innen eine zukunftsfähige ambulante Versorgung, denn auch wir sind potentiell Patient*innen oder können es werden. Sorgen und Angst radikalisieren die Menschen. Eine gute medizinische Versorgung ist somit ein wichtiger Pfeiler des sozialen Friedens und dient dem Erhalt unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung. Dafür sollten wir uns mit vereinten Kräften einsetzen.

Sehr geehrter Herr Minister, nehmen Sie unsere Argumente ernst, stärken Sie die ambulante Versorgung und die Praxen durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen – für das Wohl aller Patient*innen und für unsere Gesellschaft.

Mit herzlichem Gruß
Im Namen des bvvp

Dipl.-Psych. Benedikt Waldherr
bvvp-Bundesvorsitzender